Stand: 27.08.2025 21:17:38

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5851

"Schluss mit dem Ärgernis Unterrichtsausfall - Intelligente Lösungen für die Unterrichtsversorgung vorlegen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/5851 vom 25.03.2015
2. Beschluss des Plenums 17/5916 vom 26.03.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 41 vom 26.03.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 25.03.2015 **Drucksache 17/5851**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martin Güll, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen, Natascha Kohnen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger** und **Fraktion (SPD)**

Schluss mit dem Ärgernis Unterrichtsausfall –
Intelligente Lösungen für die Unterrichtsversorgung vorlegen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein zukunftsfestes, intelligentes Konzept zur Unterrichtsversorgung für alle Schularten zu entwickeln, damit

1. der Unterrichtsausfall auch in Zeiten von Grippewellen so gering wie möglich ist,
2. die längerfristigen Ausfälle von Lehrkräften (Fortbildungen, längerfristige Erkrankungen, Elternzeit) nicht zu Lasten der mobilen Reserve gehen und
3. zusätzliche Angebote, individuelle Förderung und differenzierter Unterricht für die Schülerinnen und Schüler auch bei Krankheitswellen aufrechterhalten werden können.

Begründung:

Es ist ein nun schon mehrere Jahre anhaltendes Ärgernis, dass die Unterrichtsversorgung in den Wintermonaten an vielen Schulen nur durch zusätzliche Belastungen von Lehrkräften aufrechterhalten wird. Es gelingt der Staatsregierung nicht, mit den bisherigen Mitteln der mobilen Reserven oder der integrierten Lehrerreserve den Unterrichtsausfall vor allem dann gering zu halten, wenn zu den planbaren Fehlzeiten wie Fortbildungen, Elternzeit oder Klassenfahrten noch weitere kurzfristige wie eine Grippewelle hinzu kommen. Hier muss ohne Scheuklappen darüber nachgedacht werden, welche Instrumentarien vorgehalten werden müssen, um für die Schülerinnen und Schüler im ganzen Schuljahr möglichst geringe Unterrichtsfehlzeiten zu haben.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 26.03.2015 **Drucksache** 17/**5916**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martin Güll, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen, Natascha Kohnen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/**5851**

Schluss mit dem Ärgernis Unterrichtsausfall – Intelligente Lösungen für die Unterrichtsversorgung vorlegen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet
Abg. Martin Güll
Abg. Günther Felbinger
Abg. Michael Hofmann
Abg. Thomas Gehring
Abg. Ingrid Heckner
Staatssekretär Georg Eisenreich

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)
Schluss mit dem Ärgernis Unterrichtsausfall - Intelligente Lösungen für die Unterrichtsversorgung vorlegen (Drs. 17/5851)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mobile Reserven auf den echten Bedarf ausrichten - Erhöhung um 10 Prozent umsetzen! (Drs. 17/5882)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Kollege Güll von der SPD-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege. Sie haben das Wort.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bitte um mehr Disziplin und Ruhe. – Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Güll (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Man könnte mit dem bekannten Spruch beginnen: Alle Jahre wieder. Alle Jahre wieder ist es ein Ärgernis, wenn man den Blick auf die Unterrichtsausfälle wirft. Immer wieder, wenn die Wintermonate kommen oder wie jetzt die Grippewelle kommt, lauten die Schlagzeilen: "Grippe legt Schule lahm", "Schule schickt komplette Klassen heim", "Eltern als Hilfslehrer" und, wie ein Münchner Rektor gesagt hat, "Wir betreuen nur noch, aber wir unterrichten nicht mehr". – Natürlich ist die erste Reaktion die Forderung: Wir brauchen mehr Lehrer, wir brauchen mehr Aushilfskräfte. Ich werde noch darauf eingehen. Ich glaube aber, wir brauchen etwas mehr.

Ein Blick in die Zahlen ist relativ ernüchternd; denn wir sehen in den Antworten auf Schriftliche Anfragen eigentlich immer nur sehr geringe Zahlen beim Unterrichtsaus-

fall. Eine Schriftliche Anfrage ergab zum Beispiel für die Grundschulen, dass 5,6 % der Stunden, die nicht planmäßig gehalten werden – was auch immer das ist –, hier verzeichnet seien; davon falle nicht einmal 1 % tatsächlich aus; bei der Mittelschule sind es zum Beispiel 7,6 %; davon würden 1,6 % nicht planmäßig gehalten, sondern ausfallen.

Das sind nur Stichprobenergebnisse und keine vernünftigen Zahlen. Wo man genauere Ergebnisse hat, wie in den anderen Schularten Realschule, Gymnasium, berufliche Schulen, sieht man, dass die Unterrichtsausfallquote ganz schnell gegen 10 % geht. Das heißt: Wir müssen uns wirklich Gedanken darüber machen, wie unsere Schülerinnen und Schüler zu ihrem Unterricht kommen.

Welche Werkzeuge haben wir denn, um dem entgegenzuwirken? – Da fällt uns allen gleich die mobile Reserve ein und neuerdings auch die sogenannte integrierte Lehrerreserve.

Auch hier hören wir immer nur Beschwichtigungen und immer die gleiche Leier: Die Schülerzahlen gehen zurück, aber wir in Bayern halten die Zahlen in der mobilen Reserve konstant auf 1.900. Dabei wird allerdings ganz vergessen, dass zwar die Schülerzahlen zurückgehen, die Lehrerzahlen aber nicht. Der Herr Kultusminister, der jetzt leider nicht da ist, sagt immer, wir hätten noch nie so viele Lehrer im System gehabt wie derzeit. Meines Wissens vertreten die mobilen Reserven die Lehrkräfte, natürlich zum Zweck, die Schüler zu unterrichten, vertreten aber nicht die Schüler. Das heißt, die mobile Reserve hängt an der Zahl der Lehrer. Insofern ist es nur recht und billig, dass die Zahl bei 1.900 bleibt, wenn wir im Prinzip nicht weniger, sondern sogar mehr Lehrer im System haben.

Die 1.900 Lehrer in der mobilen Reserve entsprechen übrigens gerade einmal 5 % im Bereich der Grund- und Mittelschulen. Wenn man die normalen Quoten des krankheitsbedingten Ausfalls aus der Wirtschaft heranzieht, sieht man, dass die Quoten dort weit darüber liegen. Wir glauben, dass wir hier mit 5 % zurechtkommen können.

Ärgerlich wird es dann, wenn wir wissen, dass die mobile Reserve für den Zweck, für den sie gemacht ist, eigentlich gar nicht eingesetzt werden kann, weil sie nämlich schon am ersten Schultag zum Großteil – viele Schulleiter sprechen von der Hälfte – verbraucht ist. Das kommt daher, dass man zwar die langfristigen Elternzeiten, die daraus vertreten werden müssen, von den normalen Einstellungen her bedient, aber alles, was nach dem ersten Schultag ausfällt, wird von dieser mobilen Reserve abgedeckt. Es liegt dann nahe, dass die mobile Reserve relativ schnell ausgeschöpft ist und sie für den Zweck, für den sie gebraucht wird, nicht mehr zur Verfügung steht.

Also ist – damit komme ich gleich zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER – eine Erhöhung, gerne auch um die im Antrag genannten 10 %, mehr als vertretbar und notwendig. Die brauchen wir dringend.

Ich erinnere mich auch an eine Schriftliche Anfrage – ich glaube, sie war aus unserer Fraktion -, wie vorgegangen wird, wenn die mobilen Reserven nicht mehr reichen. Dann kam die Antwort aus dem Kultusministerium – so steht das da, man bezeichnet das auch als flexible Lösung, hört! hört! –, man müsse die Klassen zusammenlegen, dann müsse man Parallelbetrieb fahren, und dann müsse man Mehrarbeit anordnen.

Ja, man kann Mehrarbeit anordnen. Aber dann müsste man dafür auch Geld zur Verfügung stellen. Für den Grund- und Mittelschulbereich gibt es im Staatshaushalt jedoch keinen einzigen Cent. Also ist das wohl nicht die Lösung. Man muss auch die Frage stellen, ob ein Parallelbetrieb gerade im Grundschulbereich rechtlich überhaupt zulässig ist.

Von daher gesehen ist es bei dem Thema Unterrichtsausfall einerseits wichtig, die mobile Reserve so auszustatten, dass nicht nur der Pflichtunterricht, sondern auch die Zusatzangebote – die zusätzliche individuelle Förderung, der differenzierte Unterricht usw. –, bei denen ja ebenfalls gerne gestrichen wird, aufrechterhalten werden können. Es wird – das wissen wir alle –, praktisch gesehen, nie reichen, nur die mobile Reserve zu verstärken. Deshalb haben wir in unserem Antrag nicht nur gefordert, mehr Leh-

rer in dieses System zu stellen, sondern auch beantragt, nach intelligenten Lösungen zu suchen.

Wir wissen ja aus den letzten Jahren, wo es hakt. Wir wissen, dass Unterricht nicht nur wegen Krankheiten, sondern auch wegen Klassenfahrten, Fortbildungen, Elternzeiten usw. ausfällt. Wir müssen uns für die Summe all dieser Ausfallgründe einfach Lösungen ausdenken. Für diese Lösungen kommt einerseits die mobile Reserve, andererseits aber auch beispielsweise das Vorhalten von Finanzmitteln infrage, damit wir den Schulleiterinnen und Schulleitern mehr Reaktionsmöglichkeiten geben. Die Realschulen und Gymnasien haben in der Regel Budgets für zusätzliche Lehrkräfte. Man kann sie bei Bedarf beispielsweise aus der Elternzeit holen oder die Teilzeitangebote aufstocken. Aber wir brauchen dazu finanzielle Mittel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten nicht immer wie das Kaninchen vor der Schlange vor dem Thema Unterrichtsausfall stehen, sondern es ist an der Zeit, darüber nachzudenken, wie wir es vielleicht spätestens im nächsten Schuljahr schaffen könnten, dass solche Schlagzeilen weniger werden. Deshalb fordere ich Sie auf, dem Antrag zuzustimmen, der darauf abzielt, für die Ausfallzeiten intelligente Lösungen anzubieten.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Güll. – Als Nächster hat der Kollege Felbinger von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn etwas in diesem angeblich so sicheren Bayern sicher ist, dann ist es der alljährliche Ärger um die Unterrichtsversorgung an den bayerischen Schulen. Man kann die Uhr danach stellen: Im November kommt meistens der erste Aufschrei und im Januar der zweite. Wenn die Grippewelle wie in diesem Jahr besonders stark zuschlägt, kommt im März quasi der Urknall.

Wir wissen genau, woran das liegt. Bei diesem Problem rächt sich einfach die Tatsache, dass die Unterrichtsversorgung schon vom Schuljahresbeginn an auf Kante genäht ist. Irgendwann wird die Blase platzen. Nur weil die mobilen Reserven von Schuljahresbeginn an für den Pflichtunterricht eingesetzt werden, kann das Schuljahr überhaupt starten. Ich möchte einmal einen Vergleich ziehen. Wenn die Reifen schon zu Beginn eines Autorennens einen verminderten Luftdruck aufweisen, kann man sicher sein, das Ende des Rennens nie im Leben zu erreichen.

Das ist genau die Situation im bayerischen Schulsystem: Wir fahren mit vermindertem Personaldruck und haben irgendwann den Urknall, das heißt das Problem, dass das Kartenhaus in sich zusammenbricht und die Unterrichtsversorgung nicht mehr gewährleistet ist usw. usf. Für den Förderunterricht und die Differenzierung gibt es dann natürlich keine Ressourcen mehr.

Wir FREIE WÄHLER haben bereits bei den Haushaltsverhandlungen nicht ohne guten Grund 1.000 zusätzliche Lehrerstellen gefordert. Wir haben auch ein Notprogramm für die zusätzliche Beschulung der Flüchtlingskinder in Bayern in Höhe von 10 Millionen Euro gefordert. Damit hätte man rechtzeitig, kurzfristig und unbürokratisch zusätzliches pädagogisches Personal an den Schulämtern vor Ort einstellen können. Aber die lieben Kollegen von der CSU sehen hierfür keine Notwendigkeit. Ihre Devise lautet: Augen zu und durch. Das aber ist keine verantwortungsvolle Bildungspolitik, das ist ein Fahren auf Sicht. Ein intelligentes Konzept sieht bei Weitem anders aus.

Ich erinnere daran, dass uns das Ministerium am 13. November 2014 im Bildungsausschuss über den Unterrichtsausfall berichtet hat. Sie, Herr Kollege Waschler, haben die Zahlen damals ungefiltert übernommen. Aus ihnen ist im Übrigen ersichtlich geworden, dass wir bei den mobilen Reserven seit Jahren mit der gleichen Gesamtzahl an Stellen fahren. In der gleichen Sitzung wurde von Ihnen oder einem Ihrer Kollegen auch gesagt, dass es in den Regionen keine besonderen Notlagen gibt. Was aber hören wir in diesen Tagen und Wochen? - Da gibt es in Niederbayern, in Mittelfranken und in der Oberpfalz einen Urschrei: Die Unterrichtsversorgung ist nicht gewährleistet.

Sie wollen die Notlagen nicht sehen, Sie schauen nicht genau hin, dass viele Lehrkräfte am Anschlag arbeiten, Klassen mitgeführt werden müssen, also ein Lehrer zwei Klassen unterrichtet, usw. In der Statistik kann man das unwahrscheinlich gut verstecken, und da sieht es immer super aus.

Zu Schuljahresbeginn hat das Kultusministerium bayernweit ein Kontingent von 1.900 Vollzeitkräften für die Grund- und Mittelschulen bereitgestellt. Im November erfolgt regelmäßig immer noch eine Aufstockung um 150 Stellen. Aber bereits da ist immer ersichtlich, dass die Stellen sehr schwer zu besetzen sind. Meinen Sie wirklich ernsthaft, dass die jungen Lehrkräfte, die im Juli oder August auf die Straße geschickt werden, darauf warten, dass sie im November, im Januar oder im Februar gerufen und – auch noch für ein halbes Jahr befristet – ohne Chance auf eine anschließende Übernahme eingesetzt werden? - Wir sollten endlich für bessere Bedingungen sorgen und Planstellen nicht dauerhaft befristet besetzen, sondern Planstellen schaffen. Das wäre fair, einem Land wie Bayern würde das gut zu Gesicht stehen, und es müsste eigentlich die Richtschnur sein.

In der Diskussion wird von Ihnen immer wieder die Geheimwaffe Demografiezuschlag gebracht. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wissen Sie, um wie viele Stellen es sich handelt? - Es sind bayernweit 80, und davon profitieren lediglich ausgewählte Landkreise. Punktgenau auf die Schulen wird überhaupt nicht zugeteilt. Fakt ist doch, dass wir seit Jahren um diesen Missstand wissen. Wir haben die Erkenntnis. Es fehlt aber Ihr Wille, etwas zu ändern, und es fehlt Ihr Wille, die mobilen Reserven aufzustocken.

Wir sind der festen Ansicht: Wir brauchen hier ein intelligentes Konzept. Wir müssen die mobilen Reserven, die wir seit Jahren nicht aufgestockt haben, um 10 % erhöhen. Wir bitten mit unserem Antrag darum, dass sich die Staatsregierung Gedanken macht, wie eine solche Anpassung haushalterisch umgesetzt werden kann, damit wir bereits zum Schuljahresbeginn ähnlich, wie es übrigens bei den Gymnasien die integrierte

Lehrerreserve gibt, ein Mehr an Kapazitäten haben, um flexibel reagieren zu können. Ich bitte deswegen um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Michael Hofmann von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Michael Hofmann (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD hat mit ihrem Dringlichkeitsantrag "Schluss mit dem Ärgernis Unterrichtsausfall" die Debatte initiiert. Ich möchte an dieser Stelle gleich betonen: Selbstverständlich ist es für die Schülerinnen und Schüler, für den Lehrer, der nicht Unterricht halten kann, obwohl er dazu gern bereit wäre, und natürlich auch für die Eltern, die erwarten, dass der Unterricht stattfindet, äußerst ärgerlich, wenn Unterricht ausfällt.

Allerdings muss ich zunächst sagen, dass wir in Bayern darauf stolz sein können, dass alle Verantwortlichen, die sich in Bayern um den Unterricht bemühen – ich komme gleich noch auf die Quoten, die Sie, Herr Kollege Güll, genannt haben; denn ich habe teilweise andere Zahlen –, ob das Lehrkräfte sind, ob das die Schulleiter sind, ob das die Schulämter, die Regierungen oder auch das Ministerium sind, an einem Strang ziehen und sich um einen sehr guten Unterricht bemühen. Ich glaube, dass wir Bayern uns da definitiv sehen lassen können; denn wir können feststellen, dass in Grund- und Förderschulen gerade einmal 0,8 %, in Mittelschulen 1,5 %, an Realschulen 1,1 % und an Gymnasien 2,3 % des Unterrichts ausfallen.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Die Realität sieht anders aus! Das ist die Statistik!)

- Die Realität, lieber Kollege Felbinger, sieht so aus, dass wir selbstverständlich intelligente Rezepte haben. Ich bedanke mich an der Stelle ganz besonders.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben das nicht gesagt!)

- Ich weiß, dass er es nicht gesagt hat, aber ich sage Ihnen gleich, wer es gesagt hat, Herr Kollege Aiwanger. Wenn Sie ein bisschen warten, dann erkläre ich Ihnen das sogar.

Wir hatten am 13.11.2014 einen Bericht, auf den der Kollege Felbinger eingegangen ist. Ich danke ganz besonders dem Kollegen Thomas Gehring, der sich laut Seite 13 des Protokolls bei Frau Dr. Stückl für den detaillierten Bericht bedankt, aus dem hervorgeht, dass eine Reihe von intelligenten Steuerungsinstrumenten ergriffen worden ist, um die Unterrichtsqualität zu gewährleisten. Danke schön in dem Zusammenhang!

Wir sind gut dabei, und ich glaube auch, dass wir das sagen dürfen, ohne zu vergessen zu betonen, dass der Feind des Guten immer noch das Bessere ist. Es könnte zwar immer alles noch besser gehen, aber wir als Regierungsfraktion haben die Verantwortung, verantwortungsvoll mit den Ressourcen umzugehen.

Aus Seite 27 des ORH-Berichts 2015 geht hervor, dass wir seit 2008 an allgemeinbildenden Schulen über 12.000 Lehrerstellen mehr haben. Man kann uns also bei zurückgehenden Schülerzahlen nicht vorwerfen, dass wir dieses Problem nicht angehen und die Augen davor verschließen würden.

(Beifall bei der CSU)

Das ist schlicht und ergreifend eine Fehlinformation. Ich frage mich bloß, wen Sie damit fehlinformieren wollen. Wir wissen Bescheid. Sie sollten auch Bescheid wissen; denn Sie haben den Rechnungshofbericht auch bekommen. Also kann ich nur vermuten, dass Sie das deswegen sagen, weil Sie darauf hoffen, draußen wieder irgendwo in einer Schlagzeile anzukommen, und das Schulsystem in Bayern dementsprechend schlechterreden, als es eigentlich ist. Das ist ärgerlich, weil es nur Unruhe bringt, anstatt dass wir miteinander in der Geschichte vorwärtskommen.

(Beifall bei der CSU – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Miteinander, Herr Kollege!)

Deswegen halte ich es für verkehrt, Herr Kollege Güll, wenn Sie in der Begründung schreiben, darüber müsse ohne Scheuklappen nachgedacht werden. Wo, bitte schön, haben wir da Scheuklappen? - Ich kann beim besten Willen nicht begreifen, wie Sie auf den Punkt kommen. Wir haben die verschiedensten Schularten, und wir haben für die verschiedenen Schularten die unterschiedlichsten Instrumente, ob es die integrierte Lehrerreserve bei der Realschule oder beim Gymnasium ist oder ob es die mobile Reserve bei den Grund- und Mittelschulen ist, wofür die Schulämter dann auch verantwortlich sind.

Ich sage Ihnen, was mich ein bisschen ärgert. Ich habe Verständnis, dass Sie ein solches Thema bringen. Es gibt in dem Zusammenhang vielleicht eine Schlagzeile, dass Sie den Punkt bringen. Doch Sie suggerieren damit gleichzeitig, dass es ein Konzept gäbe, mit dem wir alle Probleme, die im Zusammenhang mit Unterrichtsausfall stehen, komplett lösen könnten; denn Sie schreiben: Schluss mit dem Ärgernis. Das kann ich beim besten Willen nicht begreifen. Sie betreiben Augenwischerei, und das darf man in diesem Zusammenhang ansprechen.

Wir als Verantwortliche in der Regierungsfraktion haben deutlich gemacht, dass es nicht darauf ankommt, dass der Freistaat Bayern zentral eine Lösung vorgibt, mit der dann alle zurechtkommen müssen. Das ist überhaupt nicht notwendig. Wir haben auch in der Vergangenheit bewiesen, dass es ganz besonders wichtig ist, mit den Akteuren vor Ort in der Diskussion zu bleiben, mit ihnen Lösungen zu erarbeiten und ihnen im Übrigen Eigenverantwortung zu übertragen, weil sie in dem Zusammenhang in ihren Kollegien das Ganze wesentlich besser kommunizieren und so einteilen können, dass es für alle in Ordnung ist und passt. Deswegen glaube ich, dass dieser Hintergrund, den Sie gebracht haben, hier fehl am Platze ist. Wir haben intelligente Lösungen.

Ich sage noch einmal: Wir sind gern bereit, an den Punkten nachzubessern, an denen man intelligente Lösungen mit einer entsprechenden Verantwortung liefert. Herr Kollege Felbinger, es ist der Fraktion der FREIEN WÄHLER als Opposition unbenommen,

Lehrerstellen um Lehrerstellen zu fordern. Aber ich sage auch: Man tut sich natürlich leicht, wenn man in der Hinsicht keine Deckungsvorschläge machen muss. Ähnlich ist es bei meinen Kindern. Wenn ich ihnen ein Eis kaufe, sagen sie auch immer, das sei zu spät und zu wenig. So kommt es mir bei Ihnen auch vor. Tut mir leid, ich kann Ihnen das nicht ersparen.

(Beifall bei der CSU)

Gerade in diesem Bereich arbeiten wir weiter an dem, was eine Projektgruppe erarbeitet hat. Wir müssen genau schauen, wie wir diese Probleme in den Griff bekommen, sei es durch vorausschauende Terminplanung, sei es durch Stundenplanorganisation, sei es durch Maßnahmen während des Schuljahres oder auch kurzfristige Maßnahmen in dem Zusammenhang. Wir sind glücklich darüber, dass wir letzten Endes mit Aushilfslehrkräften aus dem Vertretungspool arbeiten und mit Änderungen der Unterrichtsverteilung Maßnahmen ergreifen können.

Ich möchte noch eines sagen. Die Kollegin Bildungsministerin Löhrmann aus Nordrhein-Westfalen hat extra ein Gutachten - -

(Thomas Gehring (GRÜNE): Gute Frau! – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Weiß ich nicht, ich habe sie persönlich noch nicht kennengelernt, Kollege Gehring. - Ich lese etwas aus dem Gutachten vor, Herr Kollege Aiwanger. Sie wussten es schon wieder früher, als ich überhaupt etwas gesagt habe.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Weil Sie immer die anderen Bundesländer heranziehen! Wir haben die Probleme in Bayern! Was sollen wir mit einer Tante aus Nordrhein-Westfalen? Es nützt uns nichts!)

- Herr Kollege Aiwanger, bleiben Sie doch ruhig. Ich verstehe Sie sehr gut, auch wenn Sie nicht so laut schreien. Hören Sie in dem Zusammenhang doch einfach einmal zu. Mir geht es gar nicht darum, was die Kollegin Löhrmann gesagt hat, sondern darum,

was sie in Auftrag gegeben hat, nämlich ein Gutachten von einer unabhängigen Stelle. Diese Stelle hat unter anderem zu Mehrarbeit und schulinterner Vertretungsreserve festgestellt: Durch vorausschauendes pädagogisches Handeln bzw. durch organisatorische Vorausplanung ist man in der Lage, solche Problemfelder abzufangen und abzugreifen. Nicht mehr und nicht weniger! Wie es Kollegin Löhrmann letzten Endes bewältigt hat, weiß ich nicht. Mir ist es auch egal. Der entscheidende Punkt ist, dass es auch in anderen Bundesländern, in denen nicht die CSU die Verantwortung trägt, tatsächlich zu Unterrichtsausfall kommt, auch nicht zu knapp.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wenn Kollegin Löhrmann – jetzt können Sie sich darüber aufregen – sagt, 1,7 % Unterrichtsstundenausfall sind ersatzlos ausgefallen, ist das nicht geschönt, sondern es ist toll. Ich muss sagen – das habe ich mit den Quoten vorhin schon signalisiert –, dass wir da besser unterwegs sind.

Lassen Sie mich zum Abschluss vor dem Hintergrund, dass ich vorhin klipp und klar erklärt habe, dass jeder Unterricht, der ausfällt, bedauerlich ist, noch einmal aus dem Gutachten zitieren. Auf Seite 61 heißt es:

> Die Forschung macht deutlich, dass die tatsächliche Unterrichtszeit nur mittelbar mit dem Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler zusammenhängt. Vielmehr stehen Qualitätsmerkmale von Unterricht im Fokus, wenn es um erfolgreiches Schülerlernen geht. Dieser zentrale Befund aus der Unterrichtsforschung findet seine Bestätigung in den Befunden aus der Forschung zu den Wirkungen von Unterrichtsausfall.

Das heißt, der Unterrichtsausfall allein ist noch kein Kriterium dafür, ob wir in Bayern Schule gut können oder nicht.

Ich sage noch ein Letztes dazu – darum sollte es uns gehen –: Die Tests, die unsere Schülerinnen und Schüler in den letzten Jahren in einem bundes- und europaweiten

Vergleich immer wieder absolviert haben, haben gezeigt, dass wir an der Spitze stehen.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Das stimmt eben nicht mehr!)

Die Tatsache, dass wir an der Spitze stehen, ist in dem Zusammenhang ein bestes Indiz dafür, dass der Unterricht im Freistaat Bayern gut funktioniert. Deswegen sollten wir zwar weiterhin gegen Unterrichtsausfall kämpfen, aber wir sollten die Kirche im Dorf lassen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Hofmann, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Herr Kollege Güll hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Kollege Güll, Sie haben das Wort.

Martin Güll (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Hofmann, müsste ich Ihren Beitrag zusammenfassen, könnte ich dann feststellen, dass die Verbände, die Schulleiter, die Eltern, die jetzt Hilferufe aussenden und Brandbriefe schreiben, allenfalls in die Kategorie "Jammerer" gehören?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Genau! Denen ist langweilig!)

Das ist vom Himmel heruntergeholt; die haben das Problem eigentlich gar nicht. -Nehmen wir das einmal so zur Kenntnis.

Versetzen wir uns einmal in einen Schulleiter einer Grundschule, vielleicht sogar einer kleinen mit vier Klassen. Ein Lehrer einer zweiten Klasse ist krank. Was macht der Schulleiter? - Er legt die Klassen zusammen, oder die Lehrerin hetzt von einem Zimmer zum anderen. Wie lange das gutgeht, ist die Frage. Oder die Teilzeitkraft muss dableiben und muss die Arbeit machen. Geld dafür gibt es aber nicht. Das ist immer dann der Fall, wenn keine mobile Reserve mehr da ist.Was machen wir jetzt? - Haben wir die intelligente Lösung, wenn die Unterrichtsreserve nicht mehr da ist? Wir haben sie eben nicht in diesem Bereich. Es gibt für den Schulleiter keine Möglichkeit, mit den Budgetmitteln zum Beispiel Lehrerinnen für zwei Wochen aus dem Urlaub zu holen.

Es gibt keine Reaktionsmöglichkeit. Es bleibt an den Lehrern und Schulleitern hängen. Das kann es doch nicht sein. Deswegen glaube ich, wir haben noch nicht alle intelligenten Lösungen ausgereizt. Nicht mehr und nicht weniger wollen wir mit diesem Antrag erreichen, als dass darüber nachgedacht wird. Das kann doch nicht so verkehrt sein, oder?

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Güll. – Herr Kollege Hofmann, Sie haben das Wort.

Michael Hofmann (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Güll, ich bedaure jetzt ein bisschen die Art und Weise, wie Sie da mit mir anfangen zu diskutieren. Aber ich sehe es Ihnen auch insoweit nach. Wenn Sie vorhin am Anfang meiner Rede zugehört hätten, dann wüssten Sie, dass ich klipp und klar gesagt habe: Unterrichtsausfall ist bedauerlich. Dagegen müssen wir auch kämpfen. Ich habe auch ganz klar gesagt, dass wir weiter daran arbeiten. Der Feind des Guten ist das Bessere. Wir haben nicht gesagt, dass wir schon alles so haben, wie es sein soll. Wir denken weiter über Verbesserungen nach.

Aber das, was Sie in diesem Zusammenhang signalisieren, Herr Kollege Güll, ist doch nicht, dass es bei uns gut läuft. Das, was Sie mit Ihrem Antrag signalisieren, ist: Bei uns ist das christliche Abendland kurz vor dem Zusammenbruch. Das ist das Ärgerliche an der ganzen Geschichte.

Ich wehre mich auch gegen die Missinterpretation meiner Rede. Sie erklären, dass ich sagen würde, dass diejenigen, die sich über den Unterrichtsausfall beschweren, alle nur Jammerer wären. Nein, das habe ich überhaupt nicht gesagt. Selbstverständlich nehmen wir die Dinge ernst. Deswegen haben wir auch diese Instrumente in den vergangenen Jahren weiterentwickelt. Jedes Schreiben, das bei uns ankommt, wird ernst genommen und wird geprüft. Wir werden auch in diesem Zusammenhang weiterarbei-

ten. Wenn Sie uns jetzt als diejenigen hinstellen, denen das vollkommen egal wäre, da straft Sie schon die Geschichte Lügen, Herr Kollege Güll.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Hofmann, jetzt hat sich noch der Kollege Felbinger gemeldet. Ich darf Sie bitten, dass Sie noch am Rednerpult bleiben. – Herr Kollege Felbinger, bitte.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Hofmann, es ist schon erstaunlich, wie Sie sich hier vorne hinstellen, die Opposition für – ich möchte mal sagen – dumme Lausbuben halten und nach dem Motto "Augen zu und durch" irgendwelche Statistiken vorlesen, die doch in keiner Weise aussagekräftig sind. Gehen Sie doch mal hinaus ins Land, gehen Sie mal an die Schulen, hören Sie sich mal die Probleme der Lehrkräfte, Eltern usw. an.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die erzählen Ihnen etwas anderes als diese Statistiken, mit denen Sie uns hier meistens etwas weismachen wollen. Suchen Sie doch endlich einmal einen Lösungsvorschlag, wie Sie diese Misere, die seit Jahren die gleiche ist, lösen können! Es kann doch nicht sein, dass wir, wenn wir jedes Jahr die gleiche Erkenntnis haben, immer wieder auf dem gleichen Fehltritt weiterarbeiten. Da muss man doch endlich einmal dazu kommen, eine Verbesserung zu erzielen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege Hofmann, Sie haben das Wort.

Michael Hofmann (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Felbinger, ich bin von Ihnen einiges gewöhnt. Das war noch einmal ein Punkt, wo Sie Ihrem Ruf alle Ehre gemacht haben. Ich nenne Ihnen Drucksache 17/1517 zur Frage, wie es in Ober-

bayern beispielsweise mit der mobilen Reserve aussieht. Nur um einfach einmal in diesem Zusammenhang zu diskutieren, was passiert ist, sage ich Ihnen: Zum Schuljahresbeginn 2011/2012 hatten wir 87,4 Vollzeitlehrereinheiten, was die Aufstockungen angeht. Wir haben im Jahr 2013/2014 127,3. Das können Sie im Übrigen nicht einfach als Statistik wegwischen, die wir erfunden haben. Das ist eine Steigerung um 11 %; hier ist also tatsächlich, in Oberbayern beispielsweise, etwas passiert.

Wenn Sie im Übrigen den Statistiken, die das Ministerium vorlegt, nicht glauben, dann frage ich mich, warum Sie ständig und immer wieder das Ministerium mit Anfragen traktieren, in denen Sie genau diese Kriterien und diese Quoten immer wieder abfragen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Thomas Gehring von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn die Schule ausfällt, dann klingt das zumindest

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

für jemanden aus unserer Generation nach Freiheit. Die Schule fällt aus, man freut sich und geht nach Hause. Die Realität ist heute eine andere. Wenn Unterricht ausfällt, können die Kinder nicht nach Hause geschickt werden, weil zum Beispiel der Schulbus nicht fährt oder weil zu Hause keine Betreuung gegeben ist. Unterrichtsausfall ist tatsächlich ein Ärgernis. Es ist ein Unterricht, der nicht gehalten wird. Es ist eine Situation, die nicht zumutbar ist und die vor allem Eltern immer wieder auf die Barrikaden bringt. Ich bezeichne es auch als Unterrichtsausfall, wenn die Schülerinnen und Schüler zwar in der Schule beaufsichtigt werden, aber kein guter pädagogischer Unterricht mehr möglich ist, weil zum Beispiel eine Lehrkraft zwei Klassen beaufsichtigt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Deswegen brauchen wir eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung, und wir brauchen tatsächlich, wie es die SPD fordert, intelligente Konzepte.

Herr Kollege Hofmann, es gibt wirklich einige intelligente Instrumente, die in den letzten Jahren eingeführt worden sind. Übrigens waren es immer Anträge der GRÜNEN, die dazu geführt haben. Ich denke an den Demografiezuschlag – eine alte Forderung von uns – oder an den Migrationszuschlag. Der Kollege Eisenreich erinnert sich noch, wie wir das damals gemeinsam auf den Weg gebracht haben. Dieser Migrationszuschlag wird mittlerweile für andere Dinge zweckentfremdet. Das ist natürlich nicht in Ordnung.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir müssen uns aber weiter auf den Weg machen. Wir GRÜNE schlagen ein intelligentes Konzept für die bessere Unterrichtsversorgung vor. Das hat mehrere Schritte.

Erstens. Wir brauchen mehr Lehrerinnen und Lehrer im System an den Schulen und eine bessere Unterrichtsversorgung. Das gilt vor allem für eine Schulart, die immer wieder vernachlässigt wird: für die beruflichen Schulen. Die beruflichen Schulen haben vom ersten Schultag an schon zu wenig Unterricht eingeplant und zu wenig Lehrer zugewiesen bekommen. Dort gibt es einen sogenannten strukturellen Unterrichtsausfall. Das muss geändert werden. Wir haben das beantragt. Sie haben unserem Antrag damals bei den Haushaltsberatungen leider nicht zugestimmt.

Für alle allgemeinbildenden Schulen brauchen wir eine 110-prozentige Unterrichtsversorgung. Wir nennen das Unterrichtsversorgung plus. Diese muss natürlich im Laufe der Jahre aufgebaut werden. Nur so erhalten die Schulen die Sicherheit, dem Unterrichtsausfall begegnen und vor Ort flexibel auf die Situationen reagieren zu können. Das ist notwendig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Unterschied zu anderen Fraktionen in der Opposition haben wir unsere Haushaltsvorschläge gegenfinanziert, haben Deckungsvorschläge gebracht. Ein Deckungsvorschlag sind Einsparungen in der Schulverwaltung. Das ist nicht unbedingt lustig, wenn man so etwas fordert. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin dafür, dass wir möglichst viele Lehrerinnen und Lehrer im Unterricht haben und nicht in der Verwaltung.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Unsere Unterrichtsversorgung plus sieht vor, dass wir eine 110-prozentige Lehrerversorgung an den allgemeinbildenden Schulen aufbauen. Wir haben im Doppelhaushalt 2015/2016 17,6 Millionen Euro oder 220 Lehrkräfte zur Verfügung gestellt. Diese Entwicklung muss in den nächsten Jahren fortgesetzt werden.

Wir müssen uns natürlich um das Thema mobile Reserve kümmern. Die mobile Reserve ist tatsächlich zu Beginn des Schuljahres schon halb leer oder ganz leer. Wenn sie dann benötigt wird, wenn später eine Grippewelle herrscht, wenn später Lehrkräfte langfristig ausfallen, dann sind eben keine Lehrkräfte mehr da, die die ausfallenden Lehrkräfte ersetzen können. Deswegen begrüßen wir diesen Antrag der FREIEN WÄHLER, die mobile Reserve aufzustocken.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich möchte noch einen Punkt erwähnen, der auch etwas mit Unterrichtsqualität zu tun hat. Letztes Jahr sind 530 Lehrerinnen und Lehrer an Grund- und Mittelschulen in Pension gegangen. Sie wurden dann eben nicht durch fest angestellte Lehrkräfte ersetzt, sondern nur durch Lehrkräfte, die auf Zeitverträgen arbeiten. Das ist kein Qualitätskriterium einer guten Unterrichtsversorgung. Wir brauchen den zweiten Einstellungstermin während des Schuljahres auch an Grund- und Mittelschulen, wie wir ihn an den Gymnasien haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben ein intelligentes Konzept vorgelegt. Es sieht eine nachhaltige Finanzierung vor, das heißt eine 110-prozentige Unterrichtsversorgung plus. Deswegen werden wir uns bei den nächsten Haushaltsberatungen wieder darüber unterhalten. Dann werden wir sehen, wer auf Worte Taten folgen lässt. Wir werden das tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Moment! Herr Kollege Gehring, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Frau Kollegin Heckner hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Ingrid Heckner (CSU): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Kollege Gehring, Sie haben mich etwas verschreckt mit einer Forderung, die ich vonseiten der GRÜNEN überhaupt noch nie gehört habe und die auch gegen die Mehrheitsmeinung in diesem Hause läuft, nämlich dass wir, wenn wir schon mit Mitteln verantwortungsvoll umgehen müssen, doch dann Verwaltungsangestellte einsparen sollen und lieber in Lehrer investieren sollten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Einstellen!)

Ich möchte noch einmal ganz ausdrücklich sagen: Wir sind der Ansicht, wir sollten Lehrkräfte von Verwaltungsarbeiten entlasten und Verwaltungsangestellte qualifizieren, damit wir dann die Unterrichtskapazitäten haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Es fehlt beides! Zu wenig Lehrer und zu wenig Verwaltungsleute!)

Die Kollegen da drüben können ja vielleicht auch einmal zuhören.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, lassen Sie Frau Heckner jetzt bitte ausreden.

Ingrid Heckner (CSU): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Hier ist mittlerweile ein Stil eingekehrt, bei dem man nicht einmal eine Zwischenbemerkung von eineinhalb Minuten machen kann, ohne den großen Kriegsaufstand zu erleben. Das ist unmöglich.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Gehring, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): Liebe Frau Kollegin Heckner, Sie hätten die zwei Minuten nicht gebraucht, weil ich Ihnen vorbehaltlos zustimme. Wir brauchen tatsächlich eine Entlastung der Lehrkräfte und Schulleitungen vor Ort und mehr Mittel für die Verwaltungskräfte. Darum bemühen wir uns schon seit Jahren. Was ich gemeint habe: Man soll in der Schulverwaltung - den Regierungen und den Schulämtern - Lehrerstellen abbauen und diese in die Unterrichtsversorgung stecken.

Wir haben eine Veränderung der Schullandschaft. Wir haben Bildungsregionen. Wir haben rückläufige Schülerzahlen. Wir wissen alle, dass wir unsere Schulverwaltung ändern müssen, und um diese Reform geht es uns. Man muss eine Reform der Schulaufsichtsverwaltung angehen und Mittel in die Schulen stecken, sowohl für die Lehrkräfte als auch für die Verwaltungskräfte vor Ort.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Gehring. – Jetzt erteile ich Herrn Staatssekretär Georg Eisenreich das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen am Ende einer außergewöhnlich starken und lang anhaltenden Grippewelle, die im Übrigen alle Bereiche der Gesellschaft und der Wirtschaft, auch das Hohe Haus hier, erfasst hat. Viele Arbeitgeber in Bayern, selbst Krankenhäuser, hat das vor große Herausforderungen gestellt. Eine solche Grippewelle betrifft natürlich auch die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrerinnen und

Lehrer. Ich muss an dieser Stelle sagen, dass die Schulen diese Herausforderung wirklich hervorragend gemeistert haben.

Bedanken möchte ich mich bei den Lehrkräften, den Schulen, den Schulleitungen, der Schulverwaltung und dem Ministerium. Sie alle haben zusammengearbeitet, damit der Unterricht gewährleistet werden konnte, und das ist bis auf wenige und auch zeitlich begrenzte Fälle in allen Regierungsbezirken gelungen. Dafür danke ich allen an dieser Stelle sehr herzlich.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die Unterrichtsversorgung ist eine Kernaufgabe des Staates, und wir investieren erhebliche Ressourcen, damit sie auch gewährleistet wird, wenn Lehrkräfte erkranken oder in Mutterschutz bzw. Elternzeit gehen. Wir sind hier vorbereitet und haben ein gutes System. Wir haben passgenaue Instrumente, die heute auch schon genannt wurden – sei es die integrierte Lehrerreserve, sei es die mobile Reserve, seien es Geldmittel für Aushilfsverträge. Für diese Instrumente stellen wir erhebliche Ressourcen in allen Schularten zur Verfügung, die ich jetzt auch kurz darstellen möchte.

In der Grund- und Mittelschule gibt es das Instrument der mobilen Reserve. Dabei handelt es sich um 1.900 Stellenäquivalente, die wir sogar noch dreimal im Jahr, im November, im Januar und im Februar, aufstocken. An den Förderschulen umfasst die mobile Reserve 285 Stellenäquivalente. Wir haben an den Realschulen eine integrierte Lehrerreserve von 110 Lehrern und am Gymnasium sowohl eine mobile als auch eine integrierte Lehrerreserve. Daneben haben die Gymnasien noch ein Budget zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung und können also aus diesem Topf auch noch Mittel für die Unterrichtsversorgung in Anspruch nehmen. An den Fach- und Berufsoberschulen haben wir 50 Stellenäquivalente in der mobilen Reserve. Sie sehen daher, wir verfügen über Instrumente, die mit erheblichen Ressourcen ausgestattet sind.

Darüber hinaus sind allerdings auch schulhausinterne Maßnahmen notwendig, und man muss vor Ort flexibel handeln. Es müssen natürlich auch einmal Klassen zusammengelegt werden oder Doppelführungen gemacht bzw. andere Maßnahmen ergriffen werden, weil wir nicht in jedem Fall mit den vorhandenen Instrumenten eingreifen können.

Am Ende ist es wichtig, dass Unterricht nicht oder nur in einem sehr geringen Umfang ersatzlos ausfällt. Ersatzloser Unterrichtsausfall ist in Bayern wirklich sehr, sehr niedrig. Wir hatten im Schuljahr 2010/2011 schulartübergreifend 1,9 % und damit unter 2 % ersatzlos ausgefallenen Unterricht. Diesen haben wir in den letzten Jahren weiter gesenkt, und im Schuljahr 2013/2014 waren es nur noch 1,4 %. Die zusätzlichen Ressourcen, die wir insbesondere auch in die integrierte Lehrerreserve hineingeben haben, zeigen daher positive Auswirkungen. Der Unterrichtsausfall wurde gesenkt, und dafür danke ich herzlich.

(Beifall bei der CSU)

Herzlicher Dank gilt dafür auch dem Hohen Haus, weil es doch erhebliche dreistellige Zahlen von Lehrerstellen waren, die wir in diesen Bereich hineingeben konnten und die sich gut ausgewirkt haben.

Wir haben das Ziel, den Unterricht auch dann sicherzustellen, wenn Lehrkräfte ausfallen. Wir haben ein gutes Konzept. Verehrter Herr Kollege Güll, wenn es aber Vorschläge gibt, wie wir unser Konzept und unsere Instrumentarien durch, wie du es sagst, intelligente Verfahren ergänzen sollen, dann machen wir das, bitten aber auch darum, konkrete Vorschläge darzulegen. Wir sind diesbezüglich offen, weil wir dieses große Ziel haben, und deshalb kann ich auch den Schulen, den Schulleitungen, den Lehrkräften, den Eltern und den Schülerinnen und Schülern versichern: Wir werden nicht nachlassen. Wir werden uns weiterhin tatkräftig darum bemühen, dass der Unterricht sichergestellt wird, und werden weiterhin erhebliche Ressourcen dafür zur Verfügung stellen.

Ich bedanke mich noch einmal sehr herzlich bei den Lehrerinnen und Lehrern, bei den Schulleitungen und bei der Schulaufsicht. Sie haben während dieser langen und schweren Grippewelle eine hervorragende Arbeit geleistet und den Unterrichtsbetrieb weitgehend reibungslos aufrechterhalten. Herzlichen Dank an alle!

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatssekretär. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/5851 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Unruhe bei der SPD – Zurufe)

- Wenn bei der SPD das Stimmverhalten geklärt ist, stimmen wir ab. – Gut. Ich lasse noch einmal darüber abstimmen. Wer diesem Antrag der SPD zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die Fraktion der CSU. –Stimmenthaltungen? – Sehe ich nicht. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/5882 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. – Gegenstimmen! – Das ist die Fraktion der CSU. – Stimmenthaltungen? – Sehe ich nicht. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.